

Antrag der Fraktion der CDU

Kinderwunschbehandlungen in Bremen fördern!

In Deutschland gibt es derzeit etwa 1,4 Millionen Menschen, die in einer Partnerschaft leben und gerne Kinder hätten. Ungewollte Kinderlosigkeit wird oft als schwerer Mangel in der persönlichen Lebensplanung angesehen, der einen erheblichen psychischen und physischen Leidensdruck zur Folge haben kann. Dieser wiederum zieht unter Umständen Kosten für die Krankenkassen oder eine Arbeitsunfähigkeit nach sich. Jährlich suchen deshalb ca. 800 000 Paare in Deutschland ärztlichen Rat. Eine künstliche Befruchtung ist für viele die letzte Hoffnung.

Die Finanzierung von Kinderwunschbehandlungen ist eine massive Belastung für betroffene Paare. Seit der rot-grünen Gesundheitsreform 2004 müssen in der gesetzlichen Krankenversicherung versicherte Kinderwunschaare mindestens die Hälfte der Kosten für ihre Behandlung selbst tragen. Damit kommen ca. 1 600 Euro pro Behandlung auf die Betroffenen zu. Bei den meist notwendigen drei Behandlungen liegen die Kosten damit für die Paare bei 4 800 Euro. Durch die aktuelle Finanzierungssituation sind die durchgeführten Behandlungen seit 2004 stark zurückgegangen und eine Kinderwunschbehandlung einkommensabhängig geworden.

Der Bundestag hat, ergänzend zur 50-prozentigen Übernahme der Behandlungskosten, durch die gesetzlichen Krankenkassen gemäß § 27 a Abs. 3 SGB V, für 2012 sieben Mio. Euro bereitgestellt, die ab dem 1. April 2012 zur Verfügung stehen. Für 2013 sind zehn Mio. Euro geplant. Voraussetzung für eine Förderung von 25 Prozent der Behandlungskosten ist, dass die Länder sich ebenfalls zu 25 Prozent an der Kinderwunschbehandlung beteiligen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, der Bürgerschaft (Landtag) bis zum 1. Dezember 2012 unter Einbeziehung des Bundestagsbeschlusses ein Konzept zur Förderung von Kinderwunschbehandlungen im Land Bremen zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen, das Kinderwunschbehandlungen einkommensabhängig macht.

Rainer Bensch, Elisabeth Motschmann, Claas Rohmeyer, Thomas Röwekamp und die
Fraktion der CDU